

Amt und Ehrenamt – Ein Weckruf

Erschienen in:

Nationalpark-Jahrbuch Unteres Odertal (4), 153-158

Heinz Sielmann hat es gut gehabt. Als der berühmte und verdienstvolle Tier- und Naturfilmer im Jahr 2006 im gesegneten, nahezu biblischen Alter verstarb, konnte er von sich behaupten, sein Hobby zum Beruf gemacht zu haben. In seiner ostpreußischen, naturnahen Heimat hat er sich schon als Kind, zumindest in dieser Intensität gegen den Willen seines Vaters, mit der Naturbeobachtung und –fotografie, später auch mit dem sich gerade erst entwickelnden Tierfilm beschäftigt. Mit seinen Fotos und Filmen, mit seinen Büchern und Vorträgen hat er sich um die Volksbildung und den Naturschutz gleichermaßen verdient gemacht und seinem Wirken in der Heinz-Sielmann-Stiftung, die den Flächenerwerb als Naturschutzstrategie zur Methode gemacht hat, Nachhaltigkeit und Dauerhaftigkeit verliehen.

Das Hobby zum Beruf machen zu können, scheint eine besondere Gunst und Gnade zu sein, die sich viele wünschen, aber nur wenige erhalten. Wirklich erstrebenswert ist dieses Ziel aber vielleicht nur für beruflich Selbständige und Unabhängige, wie zu sein es Heinz Sielmann, zumindest in seiner zweiten Lebenshälfte, vergönnt war. Abhängig Beschäftigte können dagegen leicht in einen tiefen, sachlichen wie emotionalen Konflikt zwischen „Wollen“ und „Sollen“ gestürzt werden, wenn sie sich hauptberuflich mit einem Gegenstand ihres Interesses und ihrer Zuneigung beschäftigen. Da hat es der Beamte, der seinen Dienst gewissenhaft, aber nach Vorschrift und ohne emotionale Beziehung zum Objekt seiner Handlung versieht, deutlich leichter. Wer mit Themen und Entscheidungen, die einem auch persönlich wichtig sind und am Herzen liegen, hauptberuflich beschäftigt ist, kann hingegen unter dem Konflikt zwischen dem, was er für sachlich richtig und nötig hält und dem, was er aus politischen Gründen tun darf, erheblich leiden. Auch stellt man in Bereichen, die einem selbst wichtig sind, höhere fachliche und moralische Anforderungen an Mitarbeiter und Kollegen und ist dementsprechend enttäuscht, wenn die einem selbst so wichtige Thematik von diesem oder jenem mehr oder weniger gleichgültig und beliebig behandelt wird.

In meinem persönlichen und beruflichen Leben mit unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnissen waren gerade jene Phasen am anstrengendsten und vielleicht auch unerquicklichsten, in denen ich hauptamtlich in mir persönlich wichtigen Lebensbereichen tätig war. Das betrifft meine Arbeit im Dienste der Kirche genauso wie mein Beschäftigungsverhältnis in der für den Naturschutz zuständigen Hauptverwaltung des Landes Brandenburg. Beide Bereiche liegen mir als überzeugtem und studiertem Theologen und Biologen besonders am Herzen. In beiden Bereichen, so möchte ich behaupten, entfaltete ich meine höchste Wirksamkeit erst, als ich meinen Dienst bei den zuständigen kirchlichen und staatlichen Stellen quittierte und ehrenamtlich und frei in diesen mir so wichtigen Bereichen tätig sein konnte. In meiner gut zweijährigen Tätigkeit in dem im Jahre 1990 nach der ersten Wahl im Lande Brandenburg gebildeten Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung (MUNR) begannen wir unsere Aufbauarbeit

mit großem Enthusiasmus und allen Freiheiten, die nur in einer solchen, wenig strukturierten Anfangsphase möglich sind. Umwelt- und Naturschutz waren damals nach den Zerstörungen und Verwüstungen, die die DDR hinterlassen hatte, ebenso populär wie Politiker, die sich dafür einsetzten. Neben ökologisch verwüsteten Regionen wie den Hinterlassenschaften des Wismut Uran-Abbaus oder des Chemiedreieckes Wolfen/Bitterfeld hatte der Sozialismus aber auch weite Gebiete, wenn auch eher aus Geldmangel denn aus Überzeugung, ziemlich unberührt und unzerstört gelassen. Sie galt es nach der Wende zu sichern und als so genanntes „Tafelsilber“ in die deutsche Wiedervereinigung einzubringen. Mir wurde dazu nach meiner Tätigkeit als Kabinetts-, Bundestags-, Bundesrats- und Europareferent des jungen Ministeriums das Untere Odertal zugewiesen. Meine Hauptaufgabe sah ich dabei zunächst in der Beschaffung der notwendigen Fördermittel auf Europa- und Bundesebene, in der einstweiligen Sicherung des Gebietes und in der strukturellen Zusammenarbeit mit der polnischen Seite im Rahmen eines Internationalparks. Das waren die grundlegenden Erfolge der ersten beiden Aufbaujahre.

Aber schon bald zeigte sich, dass mit einem qualitativ hochwertigen Naturschutz auch Grenzen und Einschränkungen verbunden sind, die viele betroffene Menschen nach den gerade erst wieder gewonnenen Freiheiten weder im beruflichen noch im privaten Umfeld zu akzeptieren bereit waren. Lange fuhren die Landesregierung und die zuständigen Minister den Kurs, allen alles zu versprechen, also das, was sie jeweils hören wollten, in der Hoffnung, sie würden nicht merken, wie sie den einzelnen Interessengruppen Gegensätzliches versprochen. Es sollte einen echten anspruchsvollen Nationalpark nach der IUCN-Kategorie II geben und gleichzeitig keine Einschränkungen für die betroffenen bisherigen und potenziell künftigen Nutzer.

Diese Vorgehensweise konnte auf Dauer keinen Erfolg haben. Als Entscheidungen unausweichlich wurden, wechselte Umweltminister Matthias Platzeck, nicht zuletzt wegen seiner höheren politischen Ambitionen und angesichts der sinkenden Popularität eines anspruchsvollen Naturschutzes, auf die Seite der Nutzer. Als Anfang 1993 deutlich wurde, dass die Naturschutzziele, für die ich geworben und in Deutschland und Europa Geld besorgt hatte, von der brandenburgischen Landesregierung weder erstrebt noch erreicht werden würden, nutzte ich die Gelegenheit des Endes meiner beruflichen Abordnung von Berlin nach Potsdam zur Verlagerung meiner hauptberuflichen Tätigkeit zurück ins Zentrum Berlins. Von da an arbeitete ich nur noch ehrenamtlich für den Naturschutz und die Nationalparkentwicklung im Unteren Odertal. Mir war klar geworden, dass ich mit dieser unabhängigen Arbeit eher meine Ziele erreichen konnte als ein abhängig beschäftigter, weisungsgebundener Mitarbeiter des Landes Brandenburg. Meine damalige Prognose sollte sich bald als richtig erweisen.

Die fachlichen Gestaltungsspielräume für mich als Leiter der Nationalparkverwaltung im Aufbau hatten sich sehr schnell minimalisiert, die Interessen der Nutzer, allen voran der LPG-Nachfolgebetriebe, aber auch der Angler, transportiert durch deren gute Beziehungen zu leitenden Mitarbeitern des Ministeriums, hatten stets Vorrang.

Im Verein der Freunde des Deutsch-Polnischen Europa-Nationalparks Unteres Odertal e. V., der neben den üblichen Aufgaben eines Fördervereins als Grundstückseigentümer und Träger des Naturschutzgroßprojektes Unteres Odertal für die Entwicklung des Nationalparks eine unverzichtbare Rolle spielte, gab es

dagegen erhebliche Gestaltungsmöglichkeiten. Ursprünglich war der Verein 1992 als Organisation aller am Nationalpark interessierten Kräfte gegründet worden. Nicht nur Naturschützer und Wissenschaftler, auch Pfarrer, Kommunalpolitiker und Wirtschaftsvertreter waren Mitglieder geworden. Als aber die Stunde der Entscheidung kam, die Quadratur des Kreises nicht gelang und zwischen unterschiedlichen Interessen auf gleicher Fläche zu entscheiden war, klärte sich die Mitgliedschaft neu. Maßgeblich dafür war die veränderte Haltung des MUNR. Ursprünglich waren Matthias Platzeck als Minister und Wolfgang Birthler als SPD-Fraktionsvorsitzender Vereinsmitglied. Als aber der Verein den ihm vom Lande Brandenburg übergebenen Zuwendungsbescheid mit allen seinen naturschutzfachlichen Auflagen ernst nahm und - seine Unabhängigkeit nutzend - diesen naturschutzfachlichen Zielsetzungen Vorrang vor den Weisungen des Ministeriums einräumte, kam es zum Bruch. Es zeigte sich wieder einmal, dass ehrenamtliche gemeinnützige Arbeit nur dort willkommen ist, wo sie Defizite der öffentlichen Hand kostengünstig ausgleicht. Wenn sie ihre Rolle als Lückenbüsser aber verlässt und sich in Widerspruch oder gar Konkurrenz zu staatlichen Stellen begibt, ist die in Sonntagsreden gerne geäußerte Sympathie für das Ehrenamtliche rasch zu Ende.

Die neuen Länder haben gegenüber den alten in diesem Bereich der Zivilgesellschaft noch einen erheblichen Nachholbedarf. Nicht zuletzt deshalb hat Ministerpräsident Platzeck die Förderung des Ehrenamtes in diesem Jahr zur Chefsache erklärt und in seiner Staatskanzlei eine Koordinierungsstelle eingerichtet. Es war aber kein Zeichen für die Wertschätzung ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements im Lande Brandenburg, als der damalige, für den Naturschutz zuständige Abteilungsleiter im nun auch fachlich anders orientierten Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Raumordnung (MLUR), die im Landesdienst beschäftigten Vereinsmitglieder anwies, den amtierenden Vereinsvorstand zu stürzen und einen neuen, vom Ministerium ausgewählten und willfährigeren zu wählen. Die nur mühsam getarnte Operation scheiterte am mehrheitlichen Widerstand der Naturschützer und Wissenschaftler, die der Vereinssatzung und dem für den Verein maßgeblichen Zuwendungsbescheid des Naturschutzgroßprojektes treu blieben. Der am Gemeinwohl orientierte, auf ehrenamtlichem Engagement basierende Verein hatte seine Feuertaufe bestanden. Die meisten im Landesdienst beschäftigten Vereinsmitglieder, darunter der damalige Nationalparkverwaltungsleiter Buryn, wurden angewiesen, ihre Mitgliedschaft zu kündigen und traten aus dem Verein aus, die wenigen, die blieben, bewiesen im Schiller'schen Sinne „Männerstolz vor Königsthronen“.

Die Überzeugungskraft der ehrenamtlich Tätigen im Verein beruhte nun im Wesentlichen auf ihrer Orientierung am Gemeinwohl, während die Gegner ihre meist wirtschaftlichen oder hobbymäßigen Einzelinteressen, wenn überhaupt, dann nur mühsam verschleiern konnten. Die Stärke des Vereins in allen Diskussionen und Auseinandersetzungen lag in seiner dem Gemeinwohl verpflichteten Uneigennützigkeit. Der Verein verzichtete auf wirtschaftlichen Gewinn und persönlich-private Interessenvertretung. Das stärkte seine Integrität.

Auf der anderen Seite führte diese unabhängige und sachinteressenorientierte Naturschutzpolitik aber auch zu neuem Zwist mit dem hauptamtlichen Naturschutz. Es ist eine psychologisch interessante Frage, warum gerade hier, zwischen haupt- und ehrenamtlichem Naturschutz, die Gräben auch emotional besonders tief

aufbrechen. Manche leitenden, eigentlich für den Naturschutz zuständigen Mitarbeiter der Verwaltung widmeten sich weit intensiver dem Kampf gegen den Verein als dem Zurückdrängen der konkurrierenden Ansprüche der Landnutzer. Das ging teilweise so weit, dass hauptamtlich im Naturschutz Beschäftigte dem ehrenamtlich arbeitenden Verein vorwarfen, mit seinem sturen Festhalten an den Zielen der IUCN II-Kategorie dem Naturschutz in Brandenburg, wenn nicht sogar in Deutschland, der ja nach der Wiedervereinigung vor allem durch die Globalisierung unter Druck geraten war, schweren Schaden zuzufügen. Eine Erklärung mag darin liegen, dass der hauptamtliche Naturschutz durchaus fühlt und sieht, was eigentlich sinnvoll und notwendig wäre. Einen großen Teil davon findet er dann in den weithin hörbaren Forderungen des ehrenamtlichen und privatrechtlichen Naturschutzes wieder, sieht sich aber selbst wegen der politischen Vorgaben und Begrenzungen nicht in der Lage, diese Ziele zu verwirklichen oder ihnen zumindest näher zu kommen. Diese Diskrepanz zwischen „Ich“ und „Über Ich“ im „Freud'schen“ Sinne kann durchaus zu seelischen Verwerfungen führen, die entweder eine frustrierte innere Emigration oder aber provokative Ausfälle zur Folge haben könnten.

Außerdem neigt die staatliche Naturschutzverwaltung zu der eher unausgesprochenen Vorstellung, Naturschutzvereine seien nichts weiter als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, von daher nur scheinselfständig und wegen staatlicher Zuwendungen dem Geldgeber gegenüber zu Wohlverhalten und Unterstützung verpflichtet, eine Forderung, die staatliche Stellen gegenüber anderen Zuwendungsnehmern wie Industrie oder Landwirtschaft niemals so erheben würden. Auch der Verein wird von der Brandenburgischen Naturschutzverwaltung meist unausgesprochen als Fleisch vom eigenen Fleisch betrachtet, ein missratenes Kind, das sich unerlaubt selbständig gemacht hat.

Von daher war es für die Verantwortlichen des Vereins mitunter leichter, mit einem echten Landwirt oder Förster zu verhandeln, mit seinen klaren Standpunkten und Kompromissmöglichkeiten, als mit offiziell für den Naturschutz angestellten Landesbediensteten, die im Verein weniger den Verhandlungspartner als den konkurrierenden Nebenbuhler sahen, der ihr eigenes Werk und Wesen in den Schatten zu stellen drohte. Kaum einer hat dieses Dilemma so treffend formuliert, wie der unvergessene Grenzgänger zwischen haupt- und ehrenamtlichem Naturschutz, Wolfgang Erz (1936-1998). „Ein Mann im Naturschutz“, so Erz, „erfährt nur allzu oft, dass die Schafe in der eigenen Herde schlimmer sind als die Wölfe draußen“. Zu Recht also weist Christian Hey, Generalsekretär des Sachverständigenrates für Umweltfragen (SRU) darauf hin, dass der Naturschutz traditionell eher konfliktscheu und kooperationsorientiert ist und politik- und konfliktfähiger werden muss, um seine Chance im härter werdenden Wettbewerb wahrnehmen zu können.

Auf der anderen Seite waren die Erfolge des Vereins undenkbar ohne die offene oder meist verdeckte Unterstützung hauptamtlicher, für den Naturschutz zuständiger Mitarbeiter in den Verwaltungen. Dabei nahm die Sympathie für die Personen und die Arbeit des Vereins im MLUR mit abnehmender Ranghöhe und Besoldungsgruppe deutlich zu. Die Menge des im ministeriellen Naturschutz verdienten Geldes und die Unterstützung der Naturschutzarbeit unseres Vereins erwiesen sich also bei näherer Betrachtung als umgekehrt proportional. Die Unterstützer des Naturschutzes saßen auch in der Verwaltung an der Basis. Ohne ihre Arbeit hätte es weder das Naturschutzgroßprojekt, noch die Nationalparkstiftung oder den Nationalpark selbst gegeben.

Lange Jahre waren diese Kontakte aber zwischen haupt- und ehrenamtlichem Naturschutz im Unteren Odertal unter mehrfach wechselnden Ministern und Staatssekretären nicht gestattet. Das für den Naturschutz zuständige Landwirtschaftsministerium hatte eine regelrechte Kontaktsperre versucht. Erst der komplette Wechsel des Personals, vom Minister über den Staatssekretär und die zuständigen Abteilungsleiter im Ministerium und im Landesumweltamt sowie in der Leitung der Nationalparkverwaltung selbst schuf die Grundlage für ein neues Miteinander von Haupt- und Ehrenamt im Unteren Odertal. Es war dem auch für den Naturschutz zuständigen Abteilungsleiter zu danken, dass angesichts einer drohenden juristischen Niederlage vor dem Verwaltungsgericht Potsdam die Gesprächsfäden wieder aufgenommen wurden, auf der Grundlage eines Anfang 2006 vor Gericht geschlossenen Vergleiches, mit dem alle anhängenden Streitfragen zwischen den Kombattanten geklärt werden konnten.

Ende 2007 haben sich aber erneut die Kräfte des Brandenburgischen Landwirtschaftsministeriums durchgesetzt, die den Einfluss des Vereins auf den Naturschutz Unteres Odertal möglichst auf null reduzieren wollen. Mit einer erneuten Verfügung soll die Flächenübertragung vom Verein auf die Stiftung verhindert und die Rückzahlung von Fördermitteln in Millionenhöhe durchgesetzt werden. Wenn auch diese Versuche wenig Chancen auf Erfolg haben, so zeigt doch diese erneute Verhärtung, dass seitens des Ministeriums wenig Interesse an einer politischen Verhandlungslösung besteht und die Problemlösung wieder den Gerichten übertragen werden soll. Solche Problemverlagerungen auf die zuständigen Verwaltungsgerichte werden immer häufiger. Das liegt vor allem an der strukturell schwachen Position der beamteten Naturschützer in einem Ministerium wie dem brandenburgischen Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz (MLUV), das ganz überwiegend die Interessen der verschiedenen Landnutzer vertritt. In einer solchen Umgebung haben die beamteten Naturschützer kaum die Möglichkeit, im Einzelfall vernünftige und naturschutzfreundliche Entscheidungen durchzusetzen. Es ist für sie dann weniger Streitbehaftet und einfacher, mit harten Forderungen oder Rückforderungen gegen die Träger des Naturschutzes, wie den Förderverein, vorzugehen und sich dann von den zuständigen Gerichten vernünftige oder auch juristisch gar nicht anders mögliche Entscheidungen vorschreiben zu lassen, die zu treffen sie vorab politisch nicht die Kraft oder Erlaubnis hatten. Die Gerichte müssen auf diese Weise immer häufiger Entscheidungen treffen, die eigentlich den Verwaltungen oblägen.

Für das Untere Odertal wird es ohne eine Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamt auch künftig nicht gehen, in einem Gebiet, das sowohl brandenburgischer Nationalpark als auch ein Naturschutzgroßprojekt des Bundes ist. Das bedeutet keine Übereinstimmung in allen Punkten, aber ein faires und offenes Miteinander bei durchaus im Einzelfall unterschiedlichen Positionen. Der staatliche Naturschutz scheut verständlicherweise den Vergleich zwischen den Naturschutzerfolgen auf privaten und staatlichen Naturschutzflächen. Dennoch gilt auch hier: Konkurrenz belebt das Geschäft. Noch besser wären aber eine Kooperation zwischen haupt- und ehrenamtlichem Naturschutz und die einheitliche Entwicklung des Gebietes nach einem gemeinsamen Managementplan, denn ohne eine Zusammenarbeit mit den zuständigen Landesbehörden kann auch der ehrenamtliche Verein seine wesentlichen Naturschutzziele, beispielsweise ein modernes Wassermanagement oder Waldinitialmaßnahmen, nicht erreichen.

Anschrift des Verfassers:

DR. ANSGAR VÖSSING

Nationalparkstiftung Unteres Odertal

Schloss Criewen, 16303 Schwedt/Oder

Nationalparkstiftung@Unteres-Odertal.info